

Unterentfelden, im Januar 2017

## **Offener Brief an den Gemeinderat Unterentfelden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mitte November 2016 wurde publik, dass der Gasthof „Rössli“ in eine kantonale Asylunterkunft umfunktioniert werden soll. Die beiden Ortsparteien stellen in diesem Zusammenhang eine starke Verunsicherung der Bevölkerung fest. Fragen zum Thema Sicherheit wie auch zur Attraktivität von Unterentfelden drängen sich auf. Es wird befürchtet, dass die Bewegungsfreiheit – besonders auch von Kindern und der Einwohnerinnen eingeschränkt wird. Zusammen mit dem bereits rekordhohen Gemeindesteuerfuss und den eventuell zu erwartenden höheren Sozialkosten fürchtet man um die Anziehungskraft von Unterentfelden für Einwohner und Zuzüger in den folgenden Jahren.

### **Die beiden Ortsparteien FDP und SVP Unterentfelden legen Wert darauf in Bezug auf die Umnutzung des „Rössli“ folgendes festzuhalten**

- Der Standort mitten im Zentrum und nahe an der Schule ist ungünstig. Es ist von Seiten des DGS und der Gemeinde dafür zu sorgen, dass die Sicherheit der Anwohner, Schüler und Pendler jederzeit gewährleistet wird. So hat in und ausserhalb des „Rössli“ ausreichend Sicherheitspersonal 7x24 Stunden präsent zu sein und es ist mittels Zugangskontrollen der Aufenthalt unberechtigter Personen zu verhindern. Bei Bedarf sollte die Gemeinde weitere Patrouillen (ohne zusätzliche Kostenfolge) vom Kanton anfordern können. Allfällige Kosten für einen Sicherheitsdienst im Frei- und Hallenbad Entfelden sollten ebenfalls vom Kanton getragen werden.
- Die Bevölkerung ist regelmässig (Homepage der Gemeinde) über das Projekt zu informieren. Wichtig für die Bevölkerung sind insbesondere folgende Themen; aus welchem Land kommen die neuen Bewohner, wie werden die Tagesstrukturen der Asylbewerber aussehen, wie werden sie betreut, gibt es Beschäftigungsprogramme in Unterentfelden, wie und wo besorgen sich die Asylbewerber Sachen des täglichen Bedarfs?

- Das „Rössli“ und die Umgebung verfügen über sehr begrenzte Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien. Es ist festzulegen, wo sich die Asylbewerber im Freien aufhalten können. Das Schulareal darf nicht als Aufenthaltszone benutzt werden. Schüler auf dem Schulweg, Anwohner sowie Pendler an der Haltestelle Post dürfen in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beeinträchtigt werden.
- Die Ortsparteien und weitere interessierte Kreise, stellen sich für eine sachliche, lösungsorientierte Zusammenarbeit zur Verfügung. In welchem Rahmen diese stattfinden wird, z.B. Schaffung einer entsprechenden Kommission aus Kreisen der Bevölkerung und der Behörden, ist festzulegen.
- Das DGS hat aufzuzeigen, ob der Gemeinde Unterentfelden durch den Betrieb der Asylunterkunft kurz- sowie langfristig Zusatzkosten entstehen und falls ja, in welcher Höhe. Es ist weiter aufzuzeigen, welche Kosten über welche Dauer durch den Kanton übernommen werden.
- Von Seiten Gemeinderat ist ein Konzept zu erarbeiten, wie gegen eine erhöhte Kostenfolge im Sozialbereich vorgegangen werden kann. Es ist zudem ein Leitbild zu entwerfen, wie sich die Umgebung rund um das „Rössli“ in Zukunft entwickeln soll.

Die Vorstände der Ortsparteien sind sich bewusst, dass der Kanton unter einem hohen Druck steht, neue Unterkünfte zu schaffen. Der vorliegende offene Brief soll dazu dienen, die Konsequenzen, welche durch die Einrichtung einer Asylunterkunft für die Bevölkerung zu erwarten sind, zu bewältigen und aktiv mitzugestalten.

Im Namen des Vorstands der beiden Ortsparteien FDP und SVP.

FDP Unterentfelden

SVP Unterentfelden

Patrick Herzog  
Quellmattstrasse 46  
5035 Unterentfelden

Martin Lötscher  
Moosackerweg 35  
5035 Unterentfelden